

I. Daten der Ausländerbehörde

Bezeichnung der Ausländerbehörde Landratsamt Passau - <i>Ausländerbehörde</i>	Ansprechpartner		
Behördenkennziffer 015700	Telefon 0851/397-	Fax 0851/397-342	Aktenzeichen
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort Domplatz 11, 94032 Passau	E-Mail auslaenderamt@landkreis-passau.de		

II. Kundenstammdaten

Sozialversicherungsnummer (soweit bekannt)			
Name, Vorname(n)		Geburtsname	Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	
Wohnadresse in Deutschland			
bei	Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
Bemerkungen / Ergänzende Angaben (z.B.: Schul- bzw. Berufsabschluss / Qualifikation / Vorbeschäftigungszeiten – soweit für die Erteilung der Zustimmung von Bedeutung)			

III. Aufenthaltsstatus (soweit für die Erteilung der Zustimmung notwendig)

Aktueller Aufenthaltsstatus: <input type="radio"/> Visum <input type="radio"/> Aufenthaltserlaubnis <input type="radio"/> Aufenthaltsgestattung <input type="radio"/> Duldung
Rechtsgrundlage: _____ gültig von _____ bis _____
Aufenthalt: <input type="checkbox"/> im Inland ununterbrochen seit _____ <input type="checkbox"/> im Ausland (Neueinreise)
Bemerkungen / Ergänzende Angaben

IV. Arbeitgeberdaten

Betriebsnummer (soweit bekannt)		
Beschäftigungsbetrieb (Firma, Betriebssitz)		
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
Ansprechpartner		
Telefon	Telefax	E-Mail
Fortsetzung der bisherigen Beschäftigung <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein		
PLZ, Ort der Beschäftigung		
Art der Tätigkeit		

V. Zustimmungsanfrage

Der Antragsteller beantragt die			
<input type="checkbox"/> Erteilung	<input type="checkbox"/> Verlängerung	<input type="checkbox"/> Ergänzung eines Aufenthaltstitels	
<input type="checkbox"/> Visium	<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis	<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis	
<input type="checkbox"/> Aufenthaltsgestattung	<input type="checkbox"/> Duldung	<input type="checkbox"/> _____	
ab		nach §	
Für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit soll eine Zustimmung erteilt werden:			
als			
gem. §	AufenthG in Verbindung mit §	BeschV bzw. §	BeschVerfV
Beschäftigungszeitraum	vom		bis

Datenschutzrechtlicher Hinweis

im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Antrages auf Beschäftigungserlaubnis beim Landratsamt Passau

Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten können Sie unter <http://www.landkreis-passau.de/meta/datenschutzerklaerung/> abrufen.

Weitere Informationen erhalten Sie bei Bedarf auch von Ihrem zuständigen Sachbearbeiter oder unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten unter datenschutz@landkreis-passau.de oder 0851/397-771.

Einwilligungen:

Hiermit willige ich in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten für den o.g. Zweck ein.

Die Einwilligung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen durch schriftliche Mitteilung an das Landratsamt Passau, Ausländeramt, Domplatz 11, 94032 Passau für die Zukunft widerrufen werden.

In diesem Fall erfolgt dann keine weitere Verarbeitung mehr; der Antrag auf Beschäftigungserlaubnis wird nicht weiter bearbeitet. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Datum

Datum

Unterschrift Antragsteller

Unterschrift Arbeitgeber

Datum

Unterschrift Antragsteller

Arbeitnehmer/in: <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> keine Angabe				
Name: _____ Vorname(n): _____				
Geburtsdatum: _____ Staatsangehörigkeit: _____				
Arbeitgeber (Betriebssitz) komplette Anschrift mit Fax-Nr. und ggf. E-Mail-Adresse: _____	Betriebs-Nr. des Arbeitgebers _____			
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Ansprechpartner/in:</td> <td style="width: 50%;">Telefon:</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td>_____</td> </tr> </table>	Ansprechpartner/in:	Telefon:	_____
Ansprechpartner/in:	Telefon:			
_____	_____			

Zutreffendes bitte ankreuzen

Stellenbeschreibung*

zur Vorlage im Verfahren der Zulassung ausländischer Arbeitnehmer/innen zum deutschen Arbeitsmarkt

- für die Aufnahme einer Beschäftigung
 Verlängerung einer Beschäftigung

1. Berufsbezeichnung _____	
2. Beschreibung der Tätigkeit (insbesondere Fachrichtung, Funktionsbereich, Branche, Produkte; bitte ggf. unter 13. oder ggf. auf gesondertem Blatt fortsetzen) _____	
Einsatz als Leiharbeiter/in: Arbeitnehmer/in soll an Dritte überlassen werden: <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
3. Erforderliche Kenntnisse, Fertigkeiten, Erfahrungen _____	Führerschein erforderlich: <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Klasse _____
4. Erforderliche Qualifikation <input type="checkbox"/> ohne Ausbildung <input type="checkbox"/> Ausbildung als / zum / zur: _____ <input type="checkbox"/> Fachschule <input type="checkbox"/> Hoch-/Fachhochschule <input type="checkbox"/> Sonstige: _____	
5. Arbeitszeit <input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit <input type="checkbox"/> Geringfügige Beschäftigung: Anzahl Wochenstunden: _____ <input type="checkbox"/> Sonstige (bitte unter 13. erläutern)	Bitte die Lage und Verteilung der Arbeitszeit angeben: Montag von _____ bis _____ Dienstag von _____ bis _____ Mittwoch von _____ bis _____ Donnerstag von _____ bis _____ Freitag von _____ bis _____ Samstag von _____ bis _____ Sonntag von _____ bis _____
6. Arbeits-/Einsatzort (lt. Arbeitsvertrag), an dem die Arbeitsleistung üblicherweise erbracht wird: <input type="checkbox"/> _____ <input type="checkbox"/> wechselnde Arbeits-/Einsatzorte	
7. Stelle zu besetzen <input type="checkbox"/> ab sofort <input type="checkbox"/> ab: _____	8. Voraussichtliche Dauer der Beschäftigung <input type="checkbox"/> unbefristet <input type="checkbox"/> befristet bis: _____

* Für ICT-Karte und Mobiler-ICT-Karte sowie Personalaustausch stehen spezielle Vordrucke zur Verfügung.

Arbeitnehmer/in:

Name: _____ **Vorname(n):** _____

Betriebs-Nr. des Arbeitgebers: _____

9. Arbeitsentgelt lt. Arbeitsvertrag (bitte Angabe in EURO brutto)

Lohn Gehalt

stündlich: _____ EUR

monatlich: _____ EUR

zusätzlich, geldwerte Leistungen: _____ EUR
in Form von _____

Arbeitsentgelt beruht auf

Tarifvertrag: _____ Entgeltgruppe: _____

Vereinbarung durch Arbeitsvertrag

10. Überstunden

Die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer ist verpflichtet, Überstunden zu leisten: Ja Nein

Wenn ja: Im Umfang von _____

Überstunden werden ausgeglichen durch _____

11. Erholungsurlaub (lt. Arbeitsvertrag) _____ Arbeitstage / Jahr

12. Sind Sie ggf. bereit, bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen einzustellen? Ja Nein

Die Bundesagentur für Arbeit ist grundsätzlich verpflichtet zu prüfen, ob geeignete bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen zur Verfügung stehen (Vorrangprüfung). Ergibt die Prüfung, dass geeignete Bevorrechtigte zur Verfügung stehen, kann keine Zustimmung erteilt werden. In diesem Fall bietet die Agentur für Arbeit die Vermittlung geeigneter Bevorrechtigter zur Besetzung der vakanten Stelle an, wenn Arbeitgeber daran interessiert sind. Die Erteilung einer Zustimmung hängt nicht von der Bereitschaft zur Einstellung von Bevorrechtigten ab.

In bestimmten Fällen ist keine Vorrangprüfung erforderlich. Unabhängig davon muss die Bundesagentur für Arbeit immer prüfen, ob die Arbeitsbedingungen denen vergleichbarer inländischer Arbeitnehmer/innen entsprechen.

13. Raum für ergänzende Angaben

Bei Verlängerungen:

Bitte **Lohn-/Gehaltsabrechnungen der ersten 2 und der letzten 2 Monate in Kopie** vorlegen.

Es kann im Einzelfall erforderlich sein, dass Sie aufgefordert werden, weitere Unterlagen vorzulegen.

Bitte achten Sie auf vollständige Angaben!

Erklärung:

Alle Angaben in dieser Stellenbeschreibung entsprechen den Inhalten des Arbeitsvertrages, der zwischen dem bezeichneten Unternehmen und dem/der Antragsteller/in geschlossen wird. Mir ist bekannt, dass der Arbeitgeber, bei dem ein/e Ausländer/in beschäftigt werden soll oder beschäftigt ist, der/die dafür eine Zustimmung benötigt oder erhalten hat, der Bundesagentur für Arbeit Auskunft über Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen zu erteilen hat (§ 39 Absatz 2 Satz 3 Aufenthaltsgesetz). Mir ist bekannt, dass diese Stellenbeschreibung an Dritte (Kommune, Gemeinsame Einrichtung nach SGB II) zur Suche nach bevorrechtigten Bewerbern weitergegeben werden kann.

Unsere datenschutzrechtlichen Hinweise finden Sie unter

Meine Angaben werden durch Firmenstempel, Datum und Unterschrift bestätigt.

Ort, Datum

Firmenstempel und Unterschrift des Arbeitgebers oder
eines zur Vertretung Berechtigten

Hinweis für einen Arbeitgeber eines Asylbewerbers (Aufenthaltsgestattung) mit Beschäftigungserlaubnis

Sehr geehrte(r) Arbeitgeber(in) eines Asylbewerbers mit Beschäftigungserlaubnis, die Ihre(r)m Arbeitnehmer(in) erteilte Beschäftigungserlaubnis gilt nur für den festgesetzten Zeitraum, erlischt aber kraft Gesetzes in dem Falle, dass Ihr(e) Arbeitnehmer(in) vollziehbar ausreisepflichtig wird. Ihr(e) Arbeitnehmer(in) darf dann nicht mehr arbeiten.

Als vollziehbar ausreisepflichtige Person kann ihr/ ihm nur dann erneut eine Beschäftigungserlaubnis erteilt werden, wenn bei ihr/ihm ein Duldungsgrund vorliegt und ihr/ihm eine Duldung erteilt wurde. Falls sie/er nach Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht weiter arbeiten will, muss sie/er in jedem Fall die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis bei der Ausländerbehörde erneut beantragen.

Vor einer Neuerteilung einer Beschäftigungserlaubnis ist die Ausländerbehörde insbesondere gesetzlich verpflichtet zu prüfen, ob ein Beschäftigungs- bzw. Erwerbstätigkeitsverbot bei Ihre(r)m Arbeitnehmer(in) vorliegt. Bei Vorliegen eines solchen Verbotes kann ihr/ihm nicht erlaubt werden weiter zu arbeiten. Ein solches Verbot kann insbesondere dann vorliegen, wenn Ihr(e) Arbeitnehmer(in) nach Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht zum Wohnen in einer Aufnahmeeinrichtung (ANKER) verpflichtet ist oder ihre/ seine Identität noch nicht geklärt ist.

Die Klärung der Identität erfolgt in der Regel durch Vorlage des Nationalpasses bei der Ausländerbehörde. Im Übrigen hängt die Frage, ob eine Beschäftigungserlaubnis neu erteilt werden kann, von den Umständen im Einzelfall ab (z.B. besondere individuelle Integrationsleistungen, Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet, Kenntnisse der deutschen Sprache im Verhältnis zur bisherigen Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet, Art der Beschäftigung, begangene Straftaten oder sonstige Verstöße gegen Rechtsvorschriften usw.).

Hinweis für den Arbeitgeber eines Asylbewerbers (Aufenthaltsgestattung) in Ausbildung

Sehr geehrte(r) Arbeitgeber(in) eines Asylbewerbers mit Beschäftigungserlaubnis für eine Ausbildung, die Ihre (r)m Arbeitnehmer(in) erteilte Beschäftigungserlaubnis gilt nur für den zur Absolvierung einer qualifizierten Berufsausbildung festgesetzten Zeitraum, erlischt aber kraft Gesetzes in dem Falle, dass Ihr(e) Arbeitnehmer (in) vollziehbar ausreisepflichtig wird. Sie/er kann insbesondere vollziehbar ausreisepflichtig werden, wenn ihr / sein Asylantrag endgültig (bestandskräftig) abgelehnt wurde. Sie/er darf dann die Ausbildung nur unter bestimmten Voraussetzungen fortsetzen.

Als vollziehbar ausreisepflichtige Person kann Ihr(e) Arbeitnehmer(in) nur dann ihre/seine Ausbildung fortsetzen, wenn ihr/ihm von der Ausländerbehörde eine Ausbildungsduldung und eine Beschäftigungserlaubnis neu erteilt werden. Beides muss Ihr(e) Arbeitnehmer(in) nach Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht bei der Ausländerbehörde neu beantragen.

Vor einer Neuerteilung einer Ausbildungsduldung und Beschäftigungserlaubnis ist die Ausländerbehörde insbesondere gesetzlich verpflichtet zu prüfen, ob gesetzliche Ausschlussgründe für die Erteilung bei Ihre(r)m Arbeitnehmer(in) vorliegen. Bei Vorliegen solcher Ausschlussgründe muss sie/er die Ausbildung abbrechen. Ein solches gesetzliches Verbot kann insbesondere dann vorliegen, wenn ihre/seine Identität noch nicht geklärt ist oder sie/er erhebliche Straftaten begangen hat. Die Klärung der Identität erfolgt in der Regel durch Vorlage des Nationalpasses bei der Ausländerbehörde.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.